

Quo Vadis USA? – Der Podcast des Heidelberg Center for American Studies

17. März 2021

„Wintersturm in Texas – Neue Impulse für die amerikanische Klimadiskussion?“

Bastian Hermission, Nordamerikabüro der Heinrich-Böll-Stiftung, Washington, D.C.

Anja Schüler: Guten Tag und herzlich willkommen zu „Quo Vadis USA?“, mein Name ist Anja Schüler. Die Bilder sind uns allen noch präsent. Mitte Februar wurden die USA von einem katastrophalen Wintersturm heimgesucht. Fast überall im Land fielen die Temperaturen weit unter null Grad. Und dieser Wintereinbruch traf speziell den Süden der USA, wo man auf solche Temperaturen nicht eingestellt ist, insbesondere in Texas; dort kamen mindestens 80 Menschen in Folge der Kälte ums Leben. Millionen Haushalte blieben tagelang ohne Elektrizität und Heizung, Wasserrohre platzten, Kläranlagen fielen aus, viele Menschen hatten kein Trinkwasser. Aber dieser ungewöhnliche Kälteeinbruch ist nur ein extremes Wetterphänomen. In Kalifornien wüten die Waldbrände jedes Jahr heftiger. Die Staaten an der Atlantik- und der Golfküste werden in immer kürzeren Abständen von immer heftigeren Wirbelstürmen heimgesucht. Ohne Zweifel: Der Klimawandel erhöht das Risiko für extreme Wetterverhältnisse auch und gerade in den USA. Jetzt steht die Bekämpfung der globalen Erderwärmung oben auf der Liste der Biden-Administrationen und über deren Umweltpolitik wollen wir heute sprechen. Mein Gast ist Bastian Hermission, er leitet das Nordamerika-Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington, D.C. Herzlich willkommen zum HCA-Podcast.

Bastian Hermission: Vielen Dank für die Einladung, Frau Schüler. Ich freue mich.

Anja Schüler: Ich habe es ja bereits erwähnt: Die USA sind ein für Naturkatastrophen besonders exponiertes Land. Und eine Sache, die in der Berichterstattung auffällt, ist, dass große Teile der Infrastruktur nicht für solche extremen Wetterlagen ausgelegt sind. Bei großer Hitze oder Kälte gibt es immer wieder langanhaltende Stromausfälle oder Dämme halten Überflutungen nicht stand. Vielleicht, Herr Hermission, können Sie ja zunächst selber aus D.C. berichten. Wie haben Sie dort den Wintersturm im letzten Monat erlebt?

Bastian Hermission: Der Wintersturm, der in Texas wirklich dramatische Folgen hatte, auf die sie gerade eingegangen sind, ist hier in Washington an uns noch relativ glimpflich vorbeigegangen. Wir hatten so ein bisschen Eissturm, das gibt es ja häufiger hier an der Nordküste, dass sich das Eis auf die überirdischen Stromleitungen und auf die Bäume legt. Aber es hatte hier in Washington keine besonders dramatischen Auswirkungen in diesem Jahr. In anderen Jahren hingegen haben wir es hier auch schon mit längeren Stromausfällen zu tun gehabt. Und ja, das Leben mit Naturkatastrophen, aber auch mit dem Einfluss von Naturkatastrophen auf das eigene

Leben direkt, ist hier etwas, was doch relativ alltäglich ist in fast allen Gegenden. Und es ist ja zum Teil auch einfach geografisch bedingt. Sie haben das auch angesprochen. Die USA sind ein Land von kontinentaler Größe und Vielfalt, von den Subtropen bis zur Arktis, von Wüsten bis zu Regenwäldern. Und rein geografisch gibt es dort einfach eine enorme Tendenz hin zu Naturkatastrophen aller Art: Hurrikans, Waldbrände, Dürren, Überflutungen. Aber die letzten Jahre haben ein Jahrhundertereignis nach dem anderen gebracht. Der Wintersturm in Texas ist nur ein Beispiel dafür. Die Waldbrände in Kalifornien gerade im letzten Jahr waren auch ein sogenanntes Jahrhundertereignis. Ich kann etliche andere aufzählen und die Tatsache, dass das alles in diesem Jahrhundert jetzt schon stattfindet, zeigt, dass ist eben nicht mehr ein Jahrhundertereignis jeweils ist, sondern die neue Realität, der neue Alltag, mit dem die Menschen hier zurechtkommen müssen, die Infrastruktur und letztlich auch die Politik.

Anja Schüler: Für uns stellt es sich oft so dar, als zeichnen sich große Teile der amerikanischen Gesellschaft durch einen besonders klimafeindlichen Lebenswandel aus; zum Beispiel sind für viele Amerikanerinnen und Amerikaner extrem lange Wege zur Arbeit nichts Ungewöhnliches, sie werden in immer größeren Autos zurückgelegt, mit immer höheren Spritverbrauch. Der öffentliche Nahverkehr ist unbeliebt, oft auch schlecht ausgebaut. Der Hausbau verschlingt riesige Flächen. Viele Wohngebäude sind schlecht isoliert. Und auch deswegen haben die USA einen enormen Energieverbrauch fürs Heizen, aber eben auch fürs Kühlen mit den zahlreichen Klimaanlage. Ist diese Beobachtung richtig oder kann man da vielleicht auch jetzt ein Umdenken beobachten?

Bastian Hermisson: Ich würde sagen: ja und jein. Einerseits ist es richtig: Die USA haben weiterhin den höchsten Pro-Kopf-Verbrauch an CO₂-Emissionen von allen großen Industrienationen und liegen, auch wenn man wirklich alle Länder zusammenlegt, auf einem der Spitzenplätze. Meines Wissens ist es gerade Platz [6] weltweit, und das ist teilweise strukturell bedingt. Sie haben das angesprochen. Es ist ein riesiges Flächenland mit ganz langen Pendel- und Verkehrswegen, was alleine schon eine Herausforderung für den Bereich des öffentlichen Nahverkehrs ist. Die Häuser sind oft riesig und schlecht isoliert. Das hängt auch damit zusammen, dass der Strom in den meisten Gegenden relativ billig ist und dass der Traum vom Eigenheim mit Garten hier kulturell zumindest seit den 1950er Jahren so tief verankert ist. Gleichzeitig sind aber Häuser, die eine höhere Qualität haben und besser isoliert sind, für die meisten Menschen nicht bezahlbar. Es gibt gleichzeitig im Vergleich zu Deutschland auch klimabedingt einen hohen Bedarf an Heiz- und Kühlkosten, beispielsweise dadurch, dass die Temperaturen oft deutlich heißer oder auch deutlich kälter sind. Und da versucht man, entsprechend gegenzusteuern. Und es gibt landesweit schon, wenn man als Europäer hier lange gelebt hat, ich habe einen großen Teil meines Lebens mittlerweile in den USA verbracht, schon, ich sage das als Grüner, immer wieder kulturell gewöhnungsbedürftige Erfahrungen. Es gibt immer noch eine sehr starke Wegwerfkultur. Da gibt man mittags um die Ecke und holt sich

ein Sandwich und dann hat man eine halbe Tüte Plastikmüll danach, die da in den Papierkorb kommt. Das ist immer noch relativ verbreitet.

Ich muss aber gleichzeitig sagen, es wäre zu einseitig, nur dieses Bild zu zeichnen. Auch in den USA gab es in den letzten Jahrzehnten einen deutlichen Wandel hin zu grünerem Lebensstil, vor allem in den Städten. Und die Städte sind gleichzeitig die Motoren des Wachstums in den USA, des Bevölkerungswachstums, des wirtschaftlichen Wachstums und auch der Taktgeber der kulturellen Veränderung. In den Städten wird zunehmend Fahrrad gefahren. Das zeigt sich auch hier in Washington. Ich habe 2005 schon mal zwei Jahre hier gelebt, da gab es noch fast gar keine Fahrradkultur. Da galten die wenigen Radfahrer wirklich als wagemutige Abenteurer. Und heutzutage ist es durchaus normal, dass man auch beim Pendeln Familien sieht mit Fahrradanhänger, die ihr Kind in die Kita fahren und dann weiter zur Arbeit. Recycelt wird mittlerweile deutlich mehr. Hier in Washington haben die meisten jungen Menschen mittlerweile auch gar kein Auto mehr, weil es sie mehr belastet als nutzt. Die vegane Ernährung ist enorm im Kommen und alles was damit zusammenhängt, auch Bio-Angebote, selbst in Ketten wie Walmart. Da gibt es ein riesiges Bio-Angebot mittlerweile und sogar McDonald's zum Beispiel bietet jetzt Kunstfleisch-Burger an als neuesten Trend, weil sie einfach auf diesen Trend mit aufspringen. Außerdem hat sich auch in den USA technologisch viel getan in den letzten Jahrzehnten. Die Häuser sind heute im Vergleich zu noch vor dreißig Jahren insgesamt doch deutlich besser isoliert. Das sieht man auch daran, wie viel Energie verbraucht wird für Kühlung und Heizung. Kühlen und Heizen ist mittlerweile gar nicht mehr der Hauptposten des Energieverbrauchs von Privathäusern. Und trotzdem gerade wegen der schlechten Klimabilanz halte ich es für so essenziell, dass gerade die USA eine echte klimapolitische Wende hinbekommen. Denn es ist eine Riesenherausforderung, eine kohlenstoffarme Wirtschaft in einem derartigen Flächenland mit einem infrastrukturell und auch geografisch so hohen Energieverbrauch. Das hier hinzubekommen ist eine Riesenherausforderung. Aber gerade deswegen ist es wichtig, dass es in einem Land wie den USA gelingt. Denn wenn das hier gelingen kann, dann ist es übertragbar in viele andere Teile der Welt. Ein enormer Wachstumsbereich des globalen Energieverbrauchs ist gerade die Kühlung in Ländern des globalen Südens; Klimaanlage, die einfach zunehmen, weltweit in vielen, vielen Gegenden, wo enorm viele Menschen leben, wo es sehr sehr heiß ist. Und wenn die USA es an der Stelle schaffen, wo auch so viel gekühlt, dass das klimaverträglich zu machen, dann kann das natürlich einen Effekt haben, der weltweit ausstrahlt. Insofern es passiert hier schon eine Menge.

Anja Schüler: Ja, das ist sehr interessant. Sehen Sie denn dieses Umdenken? Sehen Sie denn bei diesem Umdenken sogar einen Zusammenhang mit dieser Zunahme von Naturkatastrophen, also damit, dass man jetzt unmittelbar betroffen ist? Wird das irgendwie thematisiert?

Bastian Hermisson: Das spielt auf jeden Fall als Faktor mit rein. Dieser Extremwetterereignisse sind sehr nah an der Lebenswirklichkeit der Menschen dran.

Da spielt es dann auch keine Rolle, welches Parteibuch ich habe, ob ich Republikaner oder Demokrat bin. Es gibt ganze Landstriche in den USA, die an Attraktivität mittlerweile verloren haben für Neuhinzugezogene. Amerikanerinnen und Amerikaner haben in der Regel kein Problem, ihre Koffer zu packen und ein paar tausend Kilometer weiter zu ziehen aus Lebensstilfragen oder wegen einer neuen Jobmöglichkeit. Aber der Klimawandel ist so präsent, dass ich persönlich auch eine Menge Leute kenne, die sagen „an die Westküste würde ich jetzt nicht mehr ziehen nach den Waldbranderfahrungen, das ist mir einfach zu riskant.“ Dasselbe gilt für Teile der Südstaaten und die dortigen Überschwemmungen und Hurrikane. In Miami zum Beispiel gibt es regelmäßig Teilüberschwemmungen in der Stadt. Das gehört dort schon zum Alltag. In Louisiana gibt es die ersten Menschen, die dort auf Inseln vor der Küste leben, die umgesiedelt werden auf Kosten des Staates, weil sie als Klimaflüchtlinge anerkannt sind. Dort werden jetzt neue Dämme gebaut, Küstenschutzmaßnahmen. Und es lohnt sich einfach nicht, diese Inseln dann noch mit reinzunehmen, und deswegen werden jetzt Menschen umgesiedelt. In Teilen Kaliforniens kenne ich Menschen, die mit Notkoffern dort leben im Alltag, die im Sommer immer schon gepackt sind, weil sie bereit sind, von einer Minute auf die anderen sich vor Feuersbrünsten in Sicherheit zu bringen. Und diese Erfahrung ist schon etwas, was den Klimawandel greifbar macht. Er ist eben nicht in der fernen Zukunft. Und er passiert auch nicht nur in fernen Teilen der Erde, sondern er ist sehr, sehr real. Es ist auf jeden Fall ein Faktor neben einigen anderen, der dazu beigetragen hat, dass dies heute so ein wichtiges politisches Thema ist.

Anja Schüler: In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konnte man diese Entwicklung beobachten, dass Menschen vor allen Dingen an die Küsten gezogen sind. Im Grunde ist hier nun so eine Art Rückumsiedlung. Das ist ja sehr interessant. Ja, politisch ist es natürlich inzwischen ein Thema, speziell mit der neuen Administration. Darüber wollten wir reden. Und da müssen wir jetzt einen Blick auf den *Green New Deal* werfen, den der linke Flügel der Demokraten seit einiger Zeit propagiert, vom Namen her in Anlehnung an Franklin Roosevelts bahnbrechende Sozialreform aus den 1930er Jahren. Kann dieses Argument der Demokraten, dass Klimaschutz eben auch gute Arbeitsplätze schafft, überzeugen? Oder verfangen sich eher noch die Argumente von Befürwortern fossiler Energien, nämlich dass diese billig und verlässlich sind und eben auch in vielen Regionen das Rückgrat des Arbeitsmarktes bilden?

Bastian Hermisson: Die Tatsache, dass dieses Konzept *Green New Deal* genannt wurde und damit, wie Sie sagen, Bezug nimmt auf die Politik Franklin D. Roosevelts und die Etablierung eines Sozialstaats ist ja schon eine sehr bewusste Wahl. Das ist in erster Linie nicht kommuniziert als ein klimapolitisches Konzept, sondern in erster Linie wirklich als ein wirtschafts- und sozialpolitisches Konzept, mit dem anerkannt wird, dass es viele Millionen Menschen in diesem Land gibt, die unter der Armutsgrenze leben und das im reichsten Land der Welt, dass es eine enorme Disparität in der Wohlstandsverteilung gibt und der Chancengerechtigkeit in diesem

Land, die gebunden ist an Kriterien von Rasse, von Geschlecht und von anderen Identitätsmerkmalen. Und der *Green New Deal* ist auch verknüpft natürlich mit einigen der Quellen des Trumpismus aus Sicht der Demokraten. Die Analyse nach der Wahl 2016 war ja, dass unter den Faktoren, die zur Wahl von Trump beigetragen haben, der enorme Rückgang von gut bezahlten Arbeitsplätzen war, in der verarbeitenden Industrie im Mittleren Westen, und dass generell große Teile der Arbeiterklasse, von den weniger gut ausgebildeten Leuten, zu den Republikanern gewandert sind, weil sie das Gefühl hatten, dass sie die Demokraten nicht mehr vertreten. Und der *Green New Deal* versucht darauf eine Antwort zu geben, indem er sagt: Ein Wandel hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft ist eine enorme Chance, Millionen neuer, gut bezahlter Arbeitsplätze zu schaffen, aber auch diese strukturellen Disparitäten, diese strukturellen Ungleichheiten in der Gesellschaft anzugehen, und man kommuniziert das an erster Stelle so. Das funktioniert in manchen Landesteilen besser, in manchen Landesteilen weniger gut. Das muss man auch ehrlich dazu sagen. Ich gebe mal ein Beispiel aus West Virginia, einem Bundesstaat, der von der ganzen Identität her und auch in Teilen der Wirtschaft noch sehr stark auf die Kohleförderung aufgebaut hat. In West Virginia gibt es große Kohleabbaugebiete, da wird auch weiterhin viel Frackingtechnologie angewandt. Und in West Virginia gibt es viel Stolz auf die Kohleindustrie, auf die Tatsache, dass Staaten wie West Virginia zum wirtschaftlichen Wohlstand der USA beigetragen haben und das Rückgrat waren des Wirtschaftsaufschwungs im zwanzigsten Jahrhundert durch die Kohleförderung. Es gibt aber auch große Ängste vor diesen Veränderungen, die mit einer klimapolitischen Wende à la *Green New Deal* stattfinden könnten. Denn ein Kohlearbeiter, der gewerkschaftlich organisiert ist, konnte ohne eine universitäre Ausbildung irgendeiner Form in richtig hohes Mittelstandsgehalt mit nach Hause bringen in den letzten Jahrzehnten.

Anja Schüler: Genau wie die Arbeiter in der Autoindustrie früher.

Bastian Hermisson: Richtig, in Detroit und anderswo gab es gewerkschaftlich organisierte, sehr hoch bezahlte Stundenlöhne, mit denen Menschen ein wirklich gutes Auskommen auch mit einem einzelnen Einkommen haben konnten. Und dem Kohlearbeiter ist mit den *Green New Deal* alleine, muss man ehrlich sagen, dahingehend nicht zu helfen, dass der jetzt umgeschult wird, Solarzellen auf Dächer zu montieren. Denn es ist zwar eine Möglichkeit, dass er das macht, da wird er aber nicht dieselben Stundenlöhne haben, die ursprünglich mal in der Kohleindustrie gezahlt wurden. Die Tatsache ist aber auch, dass es ja nicht nur eine klimapolitische Notwendigkeit ist, sondern die Jobs in der Kohleindustrie sowieso wegbrechen. In den USA wird schon seit längerer Zeit kein neues Kohlekraftwerk mehr gebaut, weil es sich einfach nicht rechnet. Die Kohleindustrie ist nicht mehr marktwirtschaftlich wettbewerbsfähig in den USA. Das heißt, da ist es ohnehin notwendig, neue Wege zu suchen. Der *Green New Deal* versucht, die wirtschaftlichen Fragen der USA anzugehen. Aber nicht für alle Menschen ist das eine anschlussfähiges Argument, das ist wirklich von Region zu Region sehr unterschiedlich.

Anja Schüler: Wir haben jetzt über den *Green New Deal* in erster Linie als arbeits- und wirtschaftspolitisches Programm gesprochen, aber es gibt auch sozialpolitische Elemente, Stichwort Klimagerechtigkeit.

Bastian Hermisson: Richtig, dieses Konzept der Klimagerechtigkeit und auch des sogenannten Klimarassismus hier in den USA ist ein unheimlich wichtiges aus meiner Sicht, was in der europäischen Debatte oft noch zu kurz kommt. Kurz gesagt, ist das Konzept so: Klima- und Umweltschäden werden von den bessergestellten Teilen der Bevölkerung verursacht, das gilt innerhalb eines Landes wie auch global, und am meisten leiden unter den Folgen des Klimawandels und auch der Umweltverschmutzung die benachteiligten Teile der Gesellschaft. Hier in den USA kann man das richtig sehen, wo die Fälle von Asthma am höchsten sind, von der Lungenbelastung aufgrund einer schlechten Luftqualität, wo die Wasserqualität am schlechtesten ist. Es ist eng verknüpft mit sozialer Benachteiligung und die soziale Benachteiligung hängt gerade mit der Frage von Rassismus eng zusammen. Und diese Frage, inwieweit der *Green New Deal* auch diese gesellschaftlichen Ungleichheiten adressieren soll, ist eine, die unheimlich wichtig ist, und gerade auch für den weißen Kohlearbeiter in West Virginia, von dem ich gerade gesprochen habe. Der bringt dann eine Staublunge mit nach Hause bringt und ist lebenslang gesundheitsgeschädigt. Und das verbindet ihn mit der schwarzen Großmutter, die z.B. in der in der sogenannten Cancer Alley, also im "Krebsweg" von Louisiana lebt, um den Mississippi rum, wo die Krebsfälle sich unheimlich gehäuft haben aufgrund der petrochemischen Industrie, die dort umweltpolitisch ihr Unwesen getrieben hat, oder mit der Kassierererin in Flint, Michigan, die dort Blei im Wasser hatte und jetzt über Jahre hinweg kein Leitungswasser mehr trinken konnte aufgrund einer korrupten Politik. Dort betrifft es überwiegend Schwarze. Und der *Green New Deal* versucht deswegen zu sagen, dass Themen wie Wasserqualität, reine Luft und eine klimapolitischen Wende Themen sind, die vor allem die benachteiligten Teil der Gesellschaft in den Blick nehmen müssen. Was zu Joe Biden vorschlägt, ist z.B. mehrere Billionen Dollar zu investieren in den nächsten Jahren und davon vierzig Prozent alleine in wirtschaftlich benachteiligte Viertel zu investieren und Wahlkreise, also in Regionen, die einfach besonders wirtschaftlich hinterherhängen.

Anja Schüler: Ja, die innenpolitischen Aspekte sind eigentlich immer vorherrschend in der amerikanischen Politik. Aber auch hier muss man natürlich diese Frage in den internationalen Kontext stellen. Denn wir sind uns alle einig, dass der Klimawandel am Ende nur global angegangen werden kann. Die USA hatten sich unter Präsident Trump aus dem Pariser Klimaabkommen verabschiedet, und eine der ersten Amtshandlungen des neuen Präsidenten war, dem Abkommen wieder beizutreten. Er hat einen obersten Klimabeauftragten ernannt, den sehr erfahrenen Diplomaten John Kerry. Und der war vor ein paar Tagen in Brüssel, wo er den Schulterschluss mit der E.U. demonstriert hat und die neue Klimapolitik seines Landes bekräftigt hat.

Übernehmen die USA jetzt die Führung im weltweiten Kampf gegen den Klimawandel?

Bastian Hermisson: Den Anspruch hat die neue Biden-Regierung auf jeden Fall. Und das hat natürlich auch eine Geschichte. Denn schon das Pariser Klimaabkommen seinerzeit wäre nicht zustande gekommen, wenn die Obama-Regierung damals nicht mit der chinesischen Regierung zusammen versucht hätte, das durchzusetzen. Die beiden Akteure waren damals schon der Schlüssel, und ohne amerikanische diplomatische Führung wäre das Pariser Klimaabkommen nie zustande gekommen. Insofern knüpfen sie ein Stück weit daran an. Gleichzeitig muss ich sagen: Die Zeiten haben sich geändert, weil vier weitere Jahre klimapolitisch existenziell sind. Es ist nicht so, dass man da einfach mal ein paar Jahre aussetzen kann, und dann ist die Situation so wie vorher. Und weil die Trump-Regierung natürlich ein enormes Glaubwürdigkeitsproblem für die USA geschaffen hat, denn es war ja jetzt schon das zweite Mal so, dass die USA beteiligt waren an dem Aushandeln eines großen Klimaabkommens und danach mit der nächsten Folgeregierung gleich wieder ausgetreten ist. Das erste Mal war unter Bill Clinton. Damals wurde das Kyoto-Protokoll verabschiedet, das erste umfassende globale Klimaabkommen. Sobald George W. Bush an die Macht kam, haben sich die USA davon verabschiedet. Im Kongress hatte das auch keine Unterstützung. Und jetzt war das auch so: Obama hat das verhandelt. Trump ist wieder ausgetreten. Das heißt, für Biden geht es nicht nur darum, zu sagen: „Ich bin jetzt wieder im Pariser Klimaabkommen und damit ist alles wieder gut.“ Es geht schon darum, dass die Biden-Regierung beweisen muss, dass sie überzeugende, richtig ambitionierte Ziele haben und diese auch glaubhaft verfolgt. Und das Gute aus klimapolitischer Sicht ist, dass die Regierung mit dieser Ambition auch antritt. Sie haben jetzt deutlich gemacht, den Elektrizitätssektor der USA bis 2035 komplett CO₂-neutral machen zu wollen. Das ist ja um die Ecke aus heutiger Sicht. Da geht es wirklich um enorm schnelle Veränderungen, die da stattfinden: dass das Energiesystem bis 2050 komplett emissionsfrei sein soll. Das ist auch ein sehr ambitionierter Zeitplan. Sie unterlegen das mit Zwischenschritten, mit sektoralen Ansätzen. Also gerade im Verkehrssektor z.B. wird es jetzt enorme Bewegung geben hin zur Elektrifizierung des gesamten Automobilverkehrs und mit einer Menge Geld, also der Investition von Billionen. Daher ist es zu hoffen, dass die USA eine klimapolitische globale Führungsrolle wieder übernehmen können. Sie müssen aber erst einmal zeigen, dass sie auch national richtig vorankommen und das unterlegen. Und dazu wird es interessant zu sehen sein, das große Infrastrukturpaket, das Joe Biden im Kongress durchbringen möchte, innerhalb der nächsten Monate, wo dann richtig Butter bei die Fische kommen muss. Wo es darum geht, wie viel Geld in die Hand genommen wird, um diese Ziele jetzt in die Realität umzusetzen. Zu wünschen ist es, denn die kommenden zehn Jahre sind die existentiellen Jahre der Bekämpfung des Klimawandels. Es ist einfach keine Zeit mehr, jetzt weitere Jahre zu vergeuden. Und die E.U., das haben Sie angesprochen, ist dabei der zentrale strategische Partner für die USA. Es ist kein Wunder, dass John Kerry als Erstes über den Atlantik nach Europa geflogen ist. Es gibt da auch Konfliktpunkte weiterhin. Wie setzt die E.U.

Klimaziele um? Wie machen die USA das? Kann man das zusammen regeln? Und so weiter. Aber wenn die E.U. und die USA es schaffen, wirklich einen gemeinsamen Weg zu gehen und sich nicht nachher in Details von Technologien oder von einzelnen Instrumenten verhasen, dann ist richtig viel möglich in den kommenden Jahren.

Anja Schüler: Sie haben jetzt gesagt, die nächsten zehn Jahre werden entscheidend. Man kann sich aber schon vorstellen, dass es bis dahin auch wieder eine republikanische Administration gibt. Es ist jetzt eigentlich wichtig, dass die USA das auf Dauer stellt. Das scheint mir nicht so einfach zu sein.

Bastian Hermisson: Das ist richtig. Aber manche Dynamiken, die angestoßen werden, sind dann auch von einer republikanischen Regierung nicht einfach zurückzudrehen. Das haben wir schon in den letzten vier Jahren gesehen. Dass Biden so einen ambitionierten Plan vorlegen kann, liegt daran, dass Trump es nicht geschafft hat, die Klimapolitik der USA innerhalb des Landes komplett zurückzudrehen. Er konnte zwar global aus dem Pariser Klimaabkommen austreten, und er konnte eine Menge umweltpolitischer Regulierungen aussetzen, die aber jetzt Joe Biden mit einem einzigen Federstrich auch wieder in Kraft setzen kann. Was er nicht geschafft hat, ist folgendes: Die Klimapolitik wird ja nicht nur auf Bundesebene gemacht. Sie hat dann zwar zusätzliche Dynamik, wenn der Bund vorangeht und klare Maßgaben landesweit vorschreibt, aber die Klimapolitik ist eine sehr dezentrale Geschichte. Die Wirtschaft spielt eine große Rolle, und große Teile der amerikanischen Wirtschaft sind auf dem Weg, klimapolitisch, denen auch eine neue republikanische Regierung nicht zurückdrehen kann. *General Motors*, ein enorm wichtiger Automobilanbieter, hat jetzt angekündigt, aus dem Verbrenner auszusteigen, und zwar innerhalb der nächsten 15 Jahre. Das ist ein Weg, den die jetzt beschreiten, der in vier Jahren dann nicht mehr zurückzudrehen ist, weil die Investition jetzt getroffen werden. Viele andere Sektoren sind das auch. Ein großer Teil der Großstädte der USA hat unter Trump gesagt: Wir bleiben im Pariser Klimaabkommen drin. Wir machen Maßnahmen, die dazu beitragen, und wir ziehen das weiterhin durch. Im Bereich, wenn es mal um Geld geht, der großen Investitionsfonds, der größte Investmentfonds der Welt, *Blackrock*, in den USA verankert, hat in den letzten Jahren angekündigt, nicht mehr in fossile Energien zu investieren, weil sie es einfach für zu risikobehaftet halten für die Zukunft. Und ich könnte viele andere Beispiele nennen. Das sind Dynamiken, die auch ein Regierungswechsel nicht mehr zurückdrehen kann. Dennoch ist es natürlich zentral, dass sowas auch vom Kongress gesteuert wird. Und es stimmt, wir wissen nicht, was in vier Jahren kommt. Die Zukunft ist ungewiss. Aber je mehr in den kommenden vier Jahren auf allen Ebenen passiert, von der Zivilgesellschaft, die weiter Druck macht, der übrigens ja existentiell war. Also wir wären auch bei Biden nie so weit, wie wir jetzt sind, klimapolitisch, wenn nicht eine von der jungen Generation getragene zivilgesellschaftliche Bewegung, das sogenannte *Sunrise Movement*, bei der auch viele indigene Bevölkerungsteile zum Beispiel eine große Rolle gespielt haben, wenn die nicht solchen Druck gemacht hätten. Aber vor diesem Hintergrund denke ich, die Tendenz geht schon in die Richtung. Egal welche

Regierung in vier Jahren drankommt, wie schnell es geht. Das ist eine Frage, die natürlich auch an der Regierung hängt. Und das bleibt tatsächlich offen.

Anja Schüler: Mit der Zivilgesellschaft und dem Klimaschutz auf kommunaler Ebene haben Sie jetzt ein wichtiges Thema angesprochen, Stichwort *Under Two Coalition*, das wäre nochmal ein schönes Thema für einen weiteren Podcast. Herzlichen Dank, Bastian Hermisson vom Nordamerika-Büro der Heinrich-Böll-Stiftung, für dieses Gespräch über die Klimadiskussion in den USA und die Rückkehr des Landes ins Pariser Klimaabkommen. Und das war die aktuelle Ausgabe des HCA-Podcasts. Mein Name ist Anja Schüler, und ich möchte sie schon einmal auf die nächste Folge von „Quo Vadis USA?“ hinweisen. Mein Gast wird dann John Deni vom Strategic Studies Institute sein, und wir sprechen über sein neues Buch, in dem es um die Zukunft der amerikanischen Geopolitik geht, *The Coalition of the unWilling and the unAble*. Wenn Sie mögen, hören wir uns also in zwei Wochen wieder. Bis dahin verabschiede ich mich mit Dank an mein Team und an Sie fürs Zuhören. Bleiben Sie uns true, und bleiben Sie gesund.